Abgeordnetenhaus BERLIN

Der Vorsitzende des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung

Abgeordnetenhaus von Berlin Niederkirchnerstraße 5 10111 Berlin

Öffentliche Sitzung

Geschäftszeichen Telefon (030) 2325-Telefax (030) 2325 -III A 3 1310 1318

Berlin, 14. Januar 2011

Einladung

zur 72. Sitzung des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung 16. Wahlperiode –

Die Senatsverwaltung und die Fraktionen werden gebeten, alle Unterlagen, die an den Ausschuss gesandt werden, auch per E-Mail zu übermitteln. Der Ausschuss hat folgende E-Mail-Adresse:

InnSichO@parlament-berlin.de

am Montag, dem 24. Januar 2011, 10:00 Uhr Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 311 Bernhard-Letterhaus-Saal

Tagesordnung

1. Antrag der Fraktion der CDU 0275 InnSichO Kennzeichnungspflicht für Polizisten stoppen Drs 16/3746

2. Antrag der Fraktionen der SPD und Die Linke 0245 a) Zehntes Gesetz zur Änderung des InnSichO(f) Bezirksverwaltungsgesetzes +Recht* Drs 16/3309

b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 0204 Zustimmungsquorum beim Bürgerentscheid – InnSichO(f) Gesetz zur Änderung des Bezirksverwaltungs-+Recht* gesetzes

Drs 16/2783

3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 0176 Gesetz zur Stärkung der bezirklichen Demokratie InnSichO(f) und Selbstverwaltung (Selbstverwaltungs-+Recht* stärkungsgesetz)

Drs 16/2497

Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin - Mitte (ehemaliger Preußischer Landtag)

DB-Bahnhof U-Bahnhof S-Bahnhof Potsdamer Platz Anhalter Bhf. Potsdamer Platz Kochstraße Potsdamer Platz

347

Interne Telefonnummer M 29, M 41, M 48, 200, Internet: http://www.parlament-berlin.de E-Mail: InnSichO@parlament-berlin.de Achtung: E-Mail-Adresse nicht für Dokumente mit elektronischer Signatur geeignet!

99407 -

4. a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Wahlalter senken I: Gesetz zur Änderung der Verfassung von Berlin

Drs 16/2799

0207 InnSichO(f) +Recht +BildJugFam

b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Wahlalter senken II: Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes

Drs 16/2800

0208 InnSichO(f) +Recht +BildJugFam

+Hauptausschuss

+Hauptausschuss

Zu Punkt 4:

Die Stellungnahmen des mitberatenden Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Immunität und Geschäftsordnung werden vorliegen, da diese Anträge in dessen Sitzung am 19. Januar 2011 abschließend beraten werden. Der ebenfalls mitberatende Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie hat diese Anträge noch nicht abschließend beraten, jedoch ist die 6-Monats-Frist nach § 32 Abs. 2 S. 5 GO Abghs abgelaufen.

- 5. **Besondere Vorkommnisse**
- 6. Verschiedenes

Im Auftrag

Reiser